



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Homerule.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Homerule.



Die englischen Worte Home Rule wurden und werden in so vielfach verschiedenen Bedeutungen gebraucht, daß es wünschenswert erscheint, genau und in einiger Ausführlichkeit unterrichtet zu werden, was die Urheber dieser politischen Theorie eigentlich damit im Auge hatten, und welcher Art die Ansprüche und Ziele der Gruppe von Abgeordneten sind, welche dieselbe jetzt im britischen Reichsparlamente vertreten. Ähnliche Bestrebungen der Irländer kamen schon bald nach dem Beginne des jetzigen Jahrhunderts vor. 1791 bildete sich infolge der französischen Revolution der Bund der vereinigten Irländer, der mit dem Pariser Konvent in geheimes Einvernehmen trat und die Lostrennung Irlands, das damals noch ein eignes Parlament besaß, von England und Schottland, sowie die Errichtung einer irischen Republik vorbereitete, öffentlich aber zunächst nur gewisse billige Forderungen an die Regierung richtete, von denen einige nach und nach erfüllt wurden. Man erteilte z. B. den Katholiken das Recht, sich mit Protestanten zu verheiraten, sich um niedere Ämter zu bewerben und bei den Wahlen zum Dubliner Parlamente mitzustimmen, man hob den Zwang für sie, die protestantischen Kirchen zu besuchen, auf, man hob ferner die berückichtigten Strafgesetze auf und beseitigte die hauptsächlichsten Hindernisse, durch welche die Entwicklung der Gewerbe und des Handels des Landes zu Gunsten Großbritanniens gesetzlich gehemmt war. Andre Forderungen des Bundes blieben unbeachtet, und als derselbe darauf eine drohende Haltung annahm, griff die Regierung zu Gewaltmaßregeln: sie suspendirte die Habeascorpusakte und verhängte über den Bund, der gegen 100 000 Mitglieder zählte und sich militärisch organisiert hatte, Entwaffnung und Auflösung. Als den Iren unter Hoche französische Truppen zu Hilfe kamen, die aber bald wieder eingeschifft werden mußten, wurde auf der

Grenzboten I. 1886.

Insel das Standrecht verkündigt, und als der Bund trotzdem wieder zusammentrat und im Mai 1798 die Fahne des Aufstandes erhob, schlug ein starkes englisches Heer die Bewegung blutig nieder. Gegen 30000 Menschen verloren dabei das Leben, viele davon am Galgen. Irland küßte sein eignes Parlament ein, indem am 1. Januar 1801 die sogenannte Finalunion zwischen ihm und Großbritannien in Kraft trat, nach welcher Irland künftig von 22 Peers im Londoner Oberhause und von 100 Abgeordneten im Unterhause vertreten wurde und verpflichtet war, zwei Fünftel zu den Lasten des Gesamtstaates beizutragen.

Die von Pitt verheißene vollständige Emanzipation der irischen Katholiken scheiterte zunächst an der Abneigung Georgs des Dritten, und daraufhin bildete sich ein Bund der Katholiken, der bald zum Mittelpunkte der Opposition auf der Insel wurde. Als die Regierung denselben 1825 auflöste, trat er nach kurzer Zeit von neuem zusammen und erreichte unter O'Connells Führung schnell so bedeutenden Einfluß, daß die Regierung sich bewogen fand, die Emanzipation der Katholiken vor das Parlament zu bringen. Dieselbe wurde 1829 Gesetz. O'Connell begann, nachdem er Mitglied des Unterhauses geworden, zunächst für Abschaffung des Zehnten zu wirken, welchen die Katholiken Irlands den dortigen protestantischen Kirchen zu entrichten hatten; als er aber damit keinen genügenden Erfolg hatte, proklamierte er als Ziel seiner Agitation den Widerruf der Union zwischen Irland und Großbritannien, wodurch er eine gewaltige Bewegung im irischen Volke hervorrief. Um Ausschreitungen zu verhüten, setzte das Ministerium Grey im Parlamente die Irish Coercion Bill, ein Gesetz durch, welches den Lordstatthalter in Dublin ermächtigte, Volksversammlungen zu untersagen und das Standrecht zu verkündigen. Um demselben Nachdruck zu geben, schickte man 36000 Mann Soldaten und 6000 bewaffnete Polizeidiener nach Irland. Das Ministerium Melbourne nahm die Zwangsbill Greys zurück und verfuhr überhaupt in versöhnlichster Weise gegen die Iren. Man verbesserte die Verwaltung, führte unparteiische Gerechtigkeitspflege ein und beförderte Katholiken zu wichtigen Ämtern. Auch ein befriedigendes Zehntengesetz kam 1838 endlich zu stande, und so löste O'Connell die Gesellschaft, mit welcher er die Abschaffung der Union betrieb, auf. Als die Tories unter Peel 1841 abermals ans Ruder gelangten, ließ der Agitator jenen Bund wieder aufleben, und da dessen Bestrebungen jetzt auch von der katholischen Geistlichkeit lebhaft unterstützt wurden, machte die Bewegung gegen England reißende Fortschritte und wurde im Jahre 1843 so allgemein und so gefährlich, daß die Regierung den Irländern das Tragen von Waffen verbot und das im Lande stehende Militär beträchtlich verstärkte. O'Connell wußte zwar den Frieden aufrecht zu erhalten, protestirte aber gegen das Verfahren der Regierung und erklärte, als eine große Versammlung seines Vereins aufgelöst wurde, der letztere werde so lange fortbestehen, bis Irland ein eignes Parlament erreicht habe. Sehr viel zur Er-

haltung und Verbreitung der Unzufriedenheit hatte in diesen Jahren der im Lande herrschende greuelvolle Notstand beigetragen. Unter dem Ministerium Russell geschah viel zur Linderung desselben: es wurden Gelder zum Ankauf von Lebensmitteln und Saatkorn, zur Urbarmachung von wüstliegenden Ländereien und zum Bau von Eisenbahnen nach der Insel gesandt. Aber die Irländer waren mit Almosen nicht zufriedenzustellen, sie wollten jetzt auch Ausgleichung der unnatürlichen, auf die Konfiskation der Vergangenheit begründeten Besitzverhältnisse, nach welchen der irische Landmann nur Pächter, nicht Besitzer seines Bodens war. Die Agitation für die Aufhebung der Union hörte mit O'Connell's Tode 1847 auf, aber bei den Wahlen dieses Jahres äußerte sich die Leidenschaft der Parteien in so gewaltthätiger Weise, daß über eine Anzahl von Grafschaften das Ausnahmegesetz verhängt werden mußte. Die Pariser Februarrevolution steigerte die Aufregung. Die O'Connell'sche Partei, die auf gesetzlichem Wege und nur mit moralischen Mitteln wirken wollte, trat zurück vor der Partei Jungirlands, welche mit Hilfe der Republikaner in Paris die Insel gewaltsam von England loszureißen gedachte; die Führer derselben, Smith O'Brien, Meagher, Duffy und Mitchell, begannen eine Nationalgarde zu organisiren und beriefen einen Nationalkonvent nach Dublin. Der letztere wurde auf Grund eines Gesetzes zum Schutze der Krone verboten. Meagher und Smith O'Brien wurden wegen Aufwiegelung des Volkes vor Gericht gestellt, aber die Geschwornen konnten zu keinem Wahrspruche gelangen, wogegen Mitchell, der in der Presse ungeschont den Aufstand gepredigt hatte, zur Deportation verurteilt wurde. Die Bewegung gegen England wuchs inzwischen, die von O'Connell's Sohne geführte Partei der Repealers verschmolz sich mit der des jungen Irland zur irischen Liga, allenthalben entstanden revolutionäre Klubs, deren Mitglieder sich im Gebrauche der Waffen übten, und so mußte die Regierung mit strengern Maßregeln einschreiten. Im Juli 1848 stellte sie die Hauptstadt und drei Grafschaften unter das Kriegsgesetz, suspendirte die Habeascorpusakte, ordnete die Verhaftung Smith O'Briens an und unterdrückte die zum Aufstande hegenden Blätter. Die Klubs lösten sich jetzt meist auf, und die Führer flüchteten. Smith O'Brien, der „König von Munster,“ sammelte bewaffnete Schaaren, die aber in einem Treffen bei Bolulagh zersprengt wurden. Der „König“ und Meagher gerieten dabei in Gefangenschaft und wurden zunächst gerichtlich zum Galgen verurteilt und dann zur Deportation begnadigt. Der Aufstand war damit zu Ende. Indes kehrte der Notstand mit dem Winter wieder, und mit ihm die Verwilderung des Volkes, die sich in allerlei Gewalththaten äußerte. Dazu kam eine Anschürung des konfessionellen Haders, an der sich auch hohe Geistliche wie der Erzbischof Cullen und der Bischof Mac Hale beteiligten, und die Wirksamkeit des Bundes der Fenier, der seinen Hauptsitz in Nordamerika hatte, wohin die irische Bevölkerung in Masse ausgewandert war. Die Fenier wollten die irische Republik, die im Jahre 1865 durch einen allge-

meinen, durch Zuzüge aus Amerika unterstützten Aufstand erkämpft werden sollte. Ihre Pläne wurden aber verraten und von der Regierung ermittelt, auch waren die Fenier unter sich nicht einig, und so vermochten sie nichts als Komplotte zu schmieden und die Welt durch Attentate und Dynamitexplosionen zu schrecken, die bis auf die neueste Zeit fortgesetzt wurden, aber nur geeignet waren, dem Bunde die Sympathien zu entziehen, die ihm zugewandt worden waren.

Mehr Erfolg hatte der auf gesetzlichem Wege sich bewegende Teil der irischen Opposition, die Partei Home Rule, deren erste Führer Butt und D'Sullivan waren. Dieselbe entstand im Herbst des Jahres 1870 und nannte sich anfangs The Home Government Association. Sie wurde unmittelbar nach den Versuchen des Ministeriums Gladstone, die Irländer durch Zugeständnisse und Reformen zu beschwichtigen, gegründet. Eine irische Reformbill hatte den Zensus in den Städten wesentlich herabgesetzt und dadurch die Wählerschaft beträchtlich vermehrt. Ein Gesetz zur Entstaatlichung der irischen Kirche hatte der schreienden Ungerechtigkeit, durch welche England dem weit überwiegend katholischen Volke Irlands eine reich dotierte protestantische Staatskirche aufgedrungen hatte, nach langem Widerstreben des Oberhauses ein Ende gemacht. Mit der einen Hand hatte Gladstone den Irländern eine Bill zur Verbesserung der Verhältnisse der Pächter gegeben, mit der andern freilich ein Gesetz zur Erhaltung der Ruhe. Im Frühling 1873 hielt die Assoziation Butts zu Dublin bei Gelegenheit des D'Connell-Jubiläums eine große Versammlung ab, in welcher sie den Namen Home Rule League annahm. Ihr politisches Credo und Programm war damals gemäßig, wie folgende Auszüge aus den bei dieser Gelegenheit gefaßten Resolutionen zeigen:

„Es wird hiermit als wesentlicher Grundsatz der Genossenschaft erklärt, daß die Ziele, und zwar die einzigen Ziele, welche dieselbe im Auge hat, nachstehende sind: 1. für unser Land das Recht und die Befugnis zu erlangen, unsre eignen Angelegenheiten durch ein in Irland versammeltes, aus Ihrer Majestät der Souveränin oder ihren Nachfolgern, und den Lords und den Gemeinen von Irland bestehendes Parlament zu verwalten; 2. dem Parlamente unter einer föderalen Einrichtung das Recht zu verschaffen, in Betreff der innern Angelegenheiten Irlands Gesetze zu geben und Regeln zu erlassen, desgleichen die irischen Hilfsquellen und Einnahmen zu beaufsichtigen, wobei die Verpflichtung fortbestehen soll, unsern gerechten Anteil zu den Ausgaben des Gesamtstaates (Imperial expenditure) beizutragen; 3. einem gesamtstaatlichen Parlamente die Macht zu überlassen, alle Fragen zu verhandeln und zu entscheiden, welche sich auf die Krone und die Regierung des Gesamtstaates, auf die koloniale Gesetzgebung und andre Dependenz der Krone, auf die Verhältnisse des vereinigten Reiches mit fremden Staaten und auf alle Dinge beziehen, welche zu der Stabilität des Reiches im großen und ganzen gehören; 4. eine solche Ordnung der Beziehungen der beiden Länder zu einander ohne irgend-

welchen Eingriff in die Prärogativen der Krone und ohne irgendwelche Störung der Grundgedanken der Verfassung zu erreichen."

Es war die Aufgabe des jetzt verstorbenen Butt und später die seines nächsten Nachfolgers in der Führerrolle, Shaw, dieses Programm im britischen Unterhause zu verkünden und zu verteidigen. Die Gefolgschaft Parnells, des jetzigen Führers, erinnert an das Vorgehen jener frühern Homeruler nicht mit dankbarer Gesinnung. Viele von dem irischen Unterhausmitgliedern, die jetzt zum erstenmale ins Parlament gewählt worden sind, nehmen keinen Anstand, sie als zu vorsichtig und zu sehr als durch Tory- oder wenigstens durch Gesamtstaatsprinzipien gefesselt zu bezeichnen, um imstande zu sein, dem irischen Volke eine seinen Erwartungen entsprechende Lösung der Frage zu bieten. Der Gedanke des Home Rule hat durch die Partei Parnells eine durchgreifendere oder schroffere, gröbere Deutung erhalten als in der Zeit, wo Butt, Sullivan und Shaw ihn vertraten. Parnell fand, daß eine bloß separatistische Politik, so lange die Landfrage als eine nebensächliche angesehen und behandelt würde, unter den Iren daheim nur auf eine beschränkte Zahl von Anhängern zu rechnen hätte, wenn auch die amerikanischen Freunde derselben sowohl an Zahl als an Freigebigkeit stark ins Gewicht fielen. Die irische Partei übersieht dies jetzt nicht mehr. Sir Thomas Grattan Esmonde, ein junger Baronet, Landbesitzer und Unterhausabgeordneter, hat es mit Beihilfe von acht oder zehn Kollegen, die seine Ansichten gelegentlich mit etwas mehr Emphase und Ausführlichkeit vortragen, übernommen, offenherzig auszusprechen, was gegenwärtig im wesentlichen die Meinungen und Endziele seiner Partei sind. Es sind in einigen Punkten ungefähr dieselben, mit welchen der Bund der Homeruler ins Leben trat, aber sie unterscheiden sich, wie er bemerkt, insofern von allen frühern Interpretationen des Begriffs Home Rule, daß die Landfrage, die Frage, wie das Verhältnis der Pächter zu den Grundherren aufgefacht und umgestaltet werden soll, eine Wichtigkeit angenommen hat, die nur der Bedeutung der Nationalitätsfrage den Vorrang einräumen läßt. O'Connell, so äußerte sich ein irisches Parlamentsmitglied, konnte es mit allen seinen Anstrengungen zu nichts rechtem bringen, weil in seinem Programme die Emanzipation nicht von einer Maßregel begleitet war, welche die Pächter Irlands in Eigentümer des von ihnen bestellten Bodens verwandelte. Die „Plattform“ der Irländer hat jetzt vier „Planken,“ ihr Programm besteht aus vier Artikeln oder Paragraphen, welche die Überschriften Parlament, Grund und Boden, Handel und Gewerbe, endlich Polizei tragen. Über die Schwierigkeiten des zuletzt genannten Punktes kommen die irischen Unterhausmitglieder sehr schnell hinweg, indem sie meinen, die Hälfte der jetzigen Polizeimacht würde unter dem von ihnen erstrebten neuen Regime genügen, um den Bedürfnissen Irlands zu entsprechen; hätte das Land einmal die Befugnis, sich selbst zu regieren, so würde die Notwendigkeit einer gesamtstaatlichen Macht zur Erhaltung der Ordnung sofort geringer werden und bald ganz schwinden.

Keine agrarische Reform, so behaupten sie ferner, kann Nutzen bringen, wenn sie die Pächter nicht in den Stand setzt, auf leichte und bequeme Weise Grundbesitzer zu werden, und wenn ihre Eigenschaft als Besitzer ihnen nicht durch ein heimisches Parlament gesichert und gewahrt wird. Die gegenwärtigen Pachtsummen müssen die Leute zu Grunde richten, sie wurden durch Gerichtshöfe festgesetzt, welche mit den Landeigentümern sympathisirten, und selbst wenn sie zur Zeit ihrer Feststellung nach Billigkeit berechnet gewesen wären, so haben seitdem schlechte Ernten und wohlfeile Einfuhr die Farmer so gedrückt, daß die Zahlung von Pacht nicht nur aus moralischen Gründen unbillig, sondern geradezu thatsächlich unmöglich geworden ist. Ein Mitglied des Unterhauses, und zwar ein Protestant und ein Großpächter, berichtete, daß er drei Jahre von seinem Kapital gezehrt habe, und daß die allgemeine Lage der kleinen Pächter eine sehr bedenkliche sei. Vor der durch Gladstone geschaffnen Institution der Gerichte zur Ordnung der Landverhältnisse waren die Pachten erhöht worden, um der Verschuldung der Gutsherren zu begegnen, und die gesetzlichen Herabminderungen waren zwar im Vergleich mit dem, was bis zu ihnen gezahlt worden war, beträchtlich, aber trotzdem unzureichend.

Alle diese Ansichten wurden neuerdings in einer Versammlung der jüngern irischen Unterhausmitglieder vorgetragen und verhandelt. Interessant sind die Meinungen, die man hier in Betreff der Fabrikthätigkeit und des Handels zu hören bekam. Sie waren garnicht freihändlerisch. Die erste Obliegenheit eines Parlaments, das zu Dublin in College Green tagte, würde, so bemerkte ein Redner, darin bestehen, daß es Gewerbszweige förderte, welche jetzt angesichts der billigen Waareneinfuhr von England her nicht gedeihen könnten. Mehrere Mitglieder der Versammlung erklärten, sie wären zwar für den Freihandel wären, aber nicht instande, in diesem Verfahren eine wirtschaftliche Reherci zu erblicken, da es wohl für eine gewisse Zeit das irische Volk nötigen würde, für seine Bedürfnisse mehr zu zahlen als den bloßen Marktpreis, zuletzt aber mit allgemeinem Wohlbefinden endigen müßte. Es gebe viele Unternehmungen im Lande, denen auf diesem Wege, durch Schutzzölle gegen England, geholfen werden könne, und wenn daneben das Grundeigentum in die Hände eines Volkes gebracht würde, welches in Amerika gezeigt habe, daß es fleißig arbeiten und dabei wenig verthun könne, so würde sich, wie die neuen Vertreter Irlands meinten, ihre jetzt weithin arme und darbenende Insel allmählich in ein gelobtes Land verwandeln. Die Frage, wo das zu solchen Reformen erforderliche Kapital zu finden sei, wo man das Geld hernehmen solle, die Landbesitzer für die Aufhebung ihrer Pachtrechte zu entschädigen, entstehende Industriezweige zu unterstützen, die Landwirtschaft wissenschaftlich und blühend zu machen und andre Unternehmungen wünschenswerter Art zu fördern, scheint den neuen irischen Parlamentariern ohne erhebliche Schwierigkeiten lösbar zu sein. Die Steuern des Landes werden zur Deckung der betreffenden Bedürfnisse ausreichen, sagen

sie. Die jetzt weitverbreitete Armut muß bei den reichen natürlichen Hilfsquellen des Landes einem allgemeinen Überflusse weichen, und der wird hinreichende Steuerkraft enthalten. Das Kapital, sagte ein Redner mit akademischer Präzision, ist aufgehäuftes Ersparnis, und wenn die Pächter erst wieder in den Besitz ihrer Väter eingesetzt sein und wissen werden, daß das, was sie vererben, in ihren Händen bleibt, wird es im Lande nicht an Geld fehlen. Bis dahin wird das neue irische Parlament Kredit genug haben, um durch eine Anleihe das für den Anfang erforderliche Kapital mit Leichtigkeit zu beschaffen.

Die Frage, wie sich die gegenwärtige Regierung zu den Irländern stellen wird, ist in der Thronrede beantwortet, mit welcher die Königin am 21. Januar das Parlament eröffnete. Dieselbe beklagt die Agitation, welche das Ziel verfolge, die irische Bevölkerung gegen die legislative Union Irlands mit England aufzureizen, sie spricht ihren festen Entschluß aus, jeder Abänderung des Unionsgesetzes fern zu bleiben, und ist überzeugt, daß sie dabei vom Parlamente und vom Volke unterstützt werden wird. Sie bedauert ferner den organisirten Widerstand, mit dem man sich in Irland den gesetzlichen Verpflichtungen (zur Entrichtung der Pachtgelder) entziehen wolle, und den systematischen Terrorismus, der zu diesem Zwecke ausgeübt werde. Sie spricht endlich das Vertrauen aus, das Parlament werde, wenn, wie man zu fürchten Ursache habe, die Gesetze zur Beseitigung dieser Übelstände nicht genügen sollten, die Regierung mit den dann notwendigen Vollmachten ausstatten. Die letztere werde Gesetzentwürfe zur Herstellung der administrativen Autonomie für die Grafschaften Englands und Schottlands vorlegen, und sie bereite ähnliches für Irland vor.

Also Ablehnung jedes Gedankens der Homerule-Politik und Verschiebung der für Großbritannien entworfenen Pläne zu Reformen in der Verwaltung, soweit es Irland angeht. Das Parlament wird gefragt werden, ob es die Akte zur Verhütung von Verbrechen in Irland wieder in Geltung treten lassen will. Wenn wieder Gesetzlichkeit herrscht, wo jetzt nur das ungeschriebene Gesetz geheimer Gesellschaften gelten soll, wenn die Exekutive mit Waffen zur Verhütung und zu rascher Unterdrückung von Unfug und schleichender Empörung versehen ist, sollen den Irländern auch die neuen Freiheiten zu Teil werden, die den Engländern und Schotten jetzt geboten werden sollen. Die Homeruler und die Liberalen werden jetzt Farbe bekennen müssen. Salisbury und seine Amtsgenossen gestehen kein besondres Parlament für Irland, wie es auch gestaltet sei, zu, weil sie überzeugt sind, ein solches werde ein Werkzeug zurerspaltung des Reiches sein. Sollte die Regierung durch ein Bündnis der Liberalen mit den Parnelliten mit Vertreibung vom Staatsruder bedroht werden, so würde sie — wie wir aus guter Quelle vernehmen — das Unterhaus auflösen und an die Wählerschaften appelliren. Parnell wird diesem Entschlusse gegenüber sich einzurichten haben. Er hat sich auf das Prinzip des Home Rule verpflichtet, aber man wird sehen, ob seine Forderungen bei einem beträchtlichen Teile der

liberalen Opposition Anklang und Beistand finden. Bis jetzt hat die Mehrheit der liberalen Partei es nicht gerade eilig gehabt, sich für eine Politik zu erklären, welche unter allen Umständen die Unteilbarkeit des vereinigten Königreiches gefährden muß.



Steinthal über den Sozialismus.



rofessor Steinthal hat in den letzten Jahren sich mit Vorliebe ethischen und religionsphilosophischen Fragen zugewandt, offenbar um seiner eignen Persönlichkeit willen. Eine solche Motivierung seiner wissenschaftlichen Arbeit, das Geständnis, daß mit dem zunehmenden Alter sich gewisse Probleme ethisch-religiöser Natur mehr als sonst aufdrängen und zum Abschluß kommen möchten, hat immer etwas Bewegliches und Anziehendes. Sein neues großes Werk nun, die Allgemeine Ethik (Berlin, Georg Reimer) regelrecht zu besprechen, würde über den Rahmen der Grenzboten hinausgehen. Aber in dem genannten Werke befindet sich ein Exkurs, der eine Zeitschrift näher angeht; es ist der Exkurs über den Sozialismus. Auf diesen aufmerksam zu machen, wird uns gestattet sein, zumal da wir von vornherein unterrichtet werden (S. 265), daß Steinthal nicht einen sonst breitgetretenen Pfad geht und einer Parteifahne folgt, sondern in eignen Wegen wandelt. „In wie weit ich mit irgendeinem der Sozialisten und Kommunisten übereinstimme, weiß ich nicht; ausdrücklich aber muß ich den Leser bitten, alles, was er anderweitig über sozialistische Lehren gehört haben mag, einstweilen zu vergessen und mit meinen Gedanken nichts zu vermischen, was diese weit von sich abweisen.“

Wir bemerken bald, daß Steinthal, ebenso wie sein verstorbener Freund F. A. Lange in Marburg und manche andre kundige Männer, einer bevorstehenden sozialen Umwälzung mit ziemlicher Sicherheit entgegen sieht. Denn S. 19 beschreibt er den Antrieb, der ihn mit auf die ethische Forschung gebracht hat, und sagt, daß „wir alle eine große, radikale Umwälzung der Eigentums- und Lohnverhältnisse mit Gewißheit vorausssehen.“ Er sieht darin eine Umgestaltung unsers gesamten ethischen Lebens so tiefgreifender Art, daß die Weltgeschichte ihr kaum eine gleich bedeutsame an die Seite zu stellen habe; insbesondere kommt nach seiner Meinung die Aufhebung der Sklaverei und Leibeigenschaft diesem sozialistischen Unternehmen weder an Bedeutsamkeit noch an Schwierigkeit gleich.